

das königl. Ministerium des Innern erstatteten Berichte über die Thätigkeit des Instituts während der Jahre 1891 und 1892.

**Präsident:** Zu vertheilen. Dank zu Protokoll.

Entschuldigt ist für heute und morgen wegen Unwohlseins der Abgeordnete Bassenge.

Wir treten in die Tagesordnung ein: „Allgemeine Vorberathung über das königl. Dekret Nr. 17, den Bau mehrerer Nebenbahnen betreffend.“

Ich denke dabei also zu verfahren: Erst Raum zu geben für eine allgemeine Debatte, in welcher ich bitte, soweit irgend möglich, nicht in die Behandlung der Projekte, die in diesem Dekrete zur Sprache gebracht worden sind, einzutreten, dann aber, wenn diese geschlossen ist, die einzelnen Projekte zur Debatte aufzurufen, also erst Hohnstein-Kohlsmühle, zweitens Mulda-Sayda, drittens Cranzahl-Oberwiesenthal, viertens Rippach-Boserna-Blagwitz-Vindenu  
Markranstädt. Das sind die Projekte, die zur Spezialdebatte zu stellen sind. Ich eröffne also die allgemeine Berathung und gebe hierzu zunächst das Wort dem Herrn Abg. Müller (Colditz).

**Abg. Müller:** Ich verzichte!

**Präsident** (fährt fort): Das Wort hat der Herr Sekretär Ahnert.

**Abg. Sekretär Ahnert:** Das vorliegende Dekret giebt mir insofern Veranlassung, mich zum Worte zu melden, als in demselben das schon von mir seit Jahren vertretene Projekt Trebsen-Brandis-Beucha in außerordentlich kühler Weise von der Staatsregierung abgelehnt worden ist. Meine Herren! Wenn eine Petition um Erbauung einer Eisenbahn jahrelang eine so außerordentlich günstige Aufnahme Seiten der beiden Ständekammern sowohl als auch von der königl. Staatsregierung gefunden hat, wie die Petition meiner Wahlkreisstadt Brandis um Erbauung der soeben von mir näher bezeichneten Linie und sie wird dann in dieser Weise für unabsehbare Zeiten zurückgestellt, so ist Ihnen das wohl ohne Weiteres erklärlich, daß dadurch eine tiefe Verstimmung der Bittsteller erzielt werden muß. Man fragt sich nun in der betroffenen Gegend, was da wohl eigentlich die Ursache und Schuld sein möge. Man kommt nothgedrungen Weise auch auf Vergleiche, indem man sich sagt: Ja, man hat zur Zeit nur Geld für Dresden, für Dresden fordert man neue Millionen, wenn die vorher bewilligten Gelder noch lange nicht verbraucht worden sind und das Alles geschieht auf Kosten der Wünsche und Interessen des platten Landes. Meine

Herren! Persönlich stehe ich ja dieser Ansicht fern. Ich mache Dresden keine Vorwürfe daraus, denn es kann nicht verantwortlich dafür gemacht werden, daß zur Zeit in der That eine Menge Ausgaben in auffallender Weise sich in Dresden konzentriren und daß man naturgemäßer Weise Seiten der königl. Staatsregierung mit Ausgaben für das platte Land oder für die Provinz etwas zurückhält. Anders natürlicher Weise wird geurtheilt draußen im Lande, da sieht man die Ursache für die Nichterfüllung lange Zeit gehegter Wünsche einzig und allein darin, daß hier große monumentale Bauten, eine nach der anderen, ausgeführt werden und daß kein Geld übrig bleibt für Erfüllung von Wünschen der Bewohner der Provinzen, die sich einfach zurückgesetzt fühlen. Meine Herren! Die Petition der Städte Brandis, Trebsen und der dort beteiligten Gegend ist, wie Sie sich erinnern werden, auf dem Landtage 1887/88 sowohl, als 1889/90 und 1891/92, also drei Mal hintereinander, von beiden Kammern der königl. Staatsregierung zur Erwägung übergeben worden.

(Sehr richtig!)

Ob es gerade das Ansehen der Kammern im Lande und Volke heben wird, wenn nach diesen dreimaligen gleichmäßigen Beschlüssen eine derartige Abfertigung der Sache erfolgt, das lasse ich ganz dahin gestellt. Aber ich muß allerdings auch hinzufügen: ich bezweifle, daß das Vertrauen des Volkes in die Zusicherungen und Hoffnungen, welche von der Regierung gemacht werden und hier auch gemacht worden sind, gehoben werden kann. Meine Herren! Diese Bahnangelegenheit hat während zweier Landtage in den königl. Dekreten, und zwar in dem Dekrete Nr. 20 vom Landtage 1889/90 und Nr. 31 vom Landtage 1891/92 eine Erwähnung gefunden, die nach den Gepflogenheiten, wie sie die ganzen Jahre hindurch bestanden haben, darauf schließen lassen mußte, daß die königl. Staatsregierung die Erbauung dieser Linie beabsichtigte. Augenblicklich sind nun die Petenten außerordentlich zurückgebracht, da auch die weitere Zusage, die seiner Zeit von der königl. Staatsregierung gemacht worden ist, daß man zunächst alle diejenigen Städte — und es sind deren nur noch wenige —, die zur Zeit der Bahnverbindung noch entbehren, an die Schienen noch heranbringen wolle, sich gegenüber der Stadt Brandis nicht erfüllen zu sollen scheint, denn die Entfernung, die bis zu den nächsten Stationen besteht, und welche die königl. Staatsregierung als eine unbedeutende im Dekrete bezeichnet, ist doch so, daß man nicht sagen kann, die Stadt hat schon eine Bahn; sie ist zu groß für die Ansiedelung und die Hebung der Industrie daselbst. Die königl. Staatsregierung fühlt